



**Susanne Kastner, MdB**  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

## **PRESSEMITTEILUNG**

8. Juli 2005

### **Versorgung aus einer Hand muss bleiben Abgeordnete Kastner setzt sich für Zulassungsverlängerung ein**

In die Auseinandersetzung um eine weitere Zulassung für den Arzt Dr. Benda im Krankenhaus Ebern hat sich die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und hiesige SPD-Abgeordnete, Susanne Kastner, eingeschaltet:

„Ich habe die Vorstände der Kassenärztlichen Vereinigung in München und Würzburg um Rücknahme ihrer Entscheidung mit einem offenen Brief gebeten.

Außerdem stehe ich in engem Kontakt zum Bundesministerium für Gesundheit in Berlin, die dementsprechend informiert sind. Da die bayrische Sozialministerin Christa Stewens die Aufsicht über die Kassenärztliche Vereinigung in Bayern hat, habe ich diese in einem Schreiben ebenfalls aufgefordert, in der Angelegenheit zu intervenieren und eine erneute Überprüfung der Sachlage zu veranlassen.

Drei Punkte sind meiner Ansicht nach entscheidend, die von den Beteiligten berücksichtigt werden sollten:

1. Die von der KVB erstellte Auflistung der Ärzte, die im Umkreis von 20 km tätig sind, ist unzureichend. Wir leben in einer ländlichen Region. Die Möglichkeit als Patient von Ebern nach Eltmann zu kommen, ist nicht realistisch, wenn man selbst kein Auto hat. Es gibt keine öffentlichen Verkehrsmittel, und als Patient ist man ja bekanntlich nicht so mobil.

2. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass die Nachsorge aus einer Hand unseren Menschen in der Region verweigert werden soll. Das ist eine Ungleichbehandlung gegenüber den Menschen in den Städten.

3. Mit einer solchen Entscheidung gibt man den notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen der Krankenhäuser auf dem flachen Land keine Chance. Diese Krankenhäuser werden mit öffentlichen Mitteln, also Steuergeldern, finanziert. In der letzten Konsequenz wird hier eine Verschwendung der Steuergelder in Kauf genommen.

Gerade aufgrund der großen Solidarität der Bevölkerung, die ihr Missfallen durch eine Vielzahl von Unterschriften deutlich gemacht hat, sollte Anlass genug sein, diese Entscheidung rückgängig zu machen und Herrn Dr. Benda die notwendige Genehmigung zu geben.“